

## GEMEINSAME VERANTWORTUNG VON KOMMUNE UND UNTERNEHMEN

*Kapitelredakteurin: Kirsten Witte*

Auch Unternehmen und Kommunale Selbstverwaltung müssen sich im Rahmen eines strategischen Regionalentwicklungskonzeptes gemeinsam für die Attraktivität ihrer Kommune und Region engagieren. Dabei agieren sie in unterschiedlichen Rollen, jedoch für dieselbe Sache. Nur im Schulterschluss ist eine nachhaltige Regionalentwicklung möglich.

---

### *Gemeinsam Verantwortung wahrnehmen*

---

**Unternehmen und Kommunalverwaltungen (inkl. Räte) tragen gemeinsam die Verantwortung für die wirtschaftliche Zukunft ihrer Kommune und ihrer Region.** Beide profitieren von guten Lebensbedingungen und guter Infrastruktur. Beide sind gefordert, sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten für die Zukunft ihrer Kommune zu engagieren.

1. Gemeinsame Gestaltung bedeutet, dass Kommunen und Unternehmen **Standortstrategien entwickeln, Handlungsfelder identifizieren, Entscheidungen treffen, Ressourcen bündeln und Ideen umsetzen.**
2. Diese Art der Zusammenarbeit setzt **strategischen Weitblick und verlässliche Strukturen** voraus. Sie muss sowohl von Rat und Verwaltung als auch von Unternehmen aktiv initiiert und nachhaltig betrieben werden.
3. Insbesondere in Bezug auf die **Arbeitsmarktentwicklung** sind Kommunen und Unternehmen aufeinander angewiesen. Der Ausbau des dualen Ausbildungssystems und das Management von Übergängen aus der Schule in den Beruf, insbesondere von Zielgruppen mit Vermittlungshemmnissen, sind eine Gemeinschaftsaufgabe.

---

*Rollenunterschiede respektieren*

---

4. Kommunen erfüllen dabei primär hoheitliche Aufgaben, Unternehmen verfolgen primär wirtschaftliche Interessen. **Beide Seiten müssen sich in diesen unterschiedlichen Rollen respektieren. Aber sie sind nicht auf diese Rollen beschränkt.** Gerade Bereiche, die sowohl im gesellschaftlichen Interesse als auch im Unternehmensinteresse liegen, wie die Vereinbarkeit von Familie und Arbeitswelt oder Bildung und Ausbildung bergen großes Potenzial für gemeinsames Engagement.
5. **Partnerschaften zwischen Kommunen und Unternehmen bieten keine Legitimationsgrundlage zur Privatisierung kommunaler Aufgaben.** Die Kommune ist verantwortlich für die Bereitstellung von Infrastruktur und für die Gewährleistung gesellschaftlicher Teilhabe aller Bürger. Sie kann diese Aufgaben gemeinsam mit Unternehmen partnerschaftlich erbringen, sie kann jedoch nicht die Verantwortlichkeit delegieren. Dies gilt insbesondere auch für die Sozialwirtschaft.
6. In Kooperationen können Partikularinteressen öffentliche Steuerungswirkung entfalten. Um dies zu verhindern, sind die **Prinzipien guter Governance** zu berücksichtigen – Rechenschaftspflicht, Verantwortlichkeit, Transparenz von Strukturen und Prozessen sowie Fairness.

---

*Regional kooperieren*

---

7. Regionale Entwicklung macht nicht an gemeindlichen Grenzen halt, sondern erfordert regionale Vernetzung. Arbeitsmärkte, Wohnungsmärkte und Gewerbeflächenmärkte sind regionale Märkte. Flächen- und Verkehrswegeplanungen müssen regional abgestimmt sein. Kommunen müssen dabei der Versuchung von Kirchturmdenken widerstehen. **Gefragt sind daher ganzheitliche, nachhaltige Strategien einer integrierten Regionalentwicklung.** Strategien, Ideen, Ressourcen etc. müssen ganzheitlich entwickelt werden – mit Blick auf die Attraktivität der Region. Dazu sind regionale Kooperationen zwischen Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft notwendig.

---

*Den staatlichen Rahmen reformieren*

---

8. Wirtschaft unterliegt einer zunehmenden Tertiärisierung. Damit sinkt der Gewerbeflächenbedarf und es steigt der Bedarf an IT-Infrastruktur und kreativen Köpfen. Bund und Länder müssen die Kommunen insbesondere durch gute und flächendeckende **Bildungs- und Breitbandinfrastruktur** unterstützen.
9. Es ist Aufgabe der Kommunen, eine attraktive Infrastruktur zu schaffen. Notwendig dafür ist eine ausreichende Finanzierung der Kommunen. Auch Unternehmen tragen einen Teil dieser Finanzierungsverantwortung. Um diese Verantwortung verursachungsgerecht und auf breitere Schultern zu verteilen, halten wir es für sinnvoll, die **Gewerbesteuer durch eine Wirtschaftssteuer zu ersetzen**, die alle Unternehmer vor Ort verursachungsgerecht zur Infrastrukturfinanzierung heranzieht.

Die zunehmende Globalisierung darf nicht den Blick dafür versperren, dass die meisten - insbesondere die mittelständischen – Unternehmen in ihrer Region tief verwurzelt sind. **In der wirtschaftspolitischen Regionalentwicklung bilden Unternehmen und Kommunen eine Schicksalsgemeinschaft.** Sie müssen dies erkennen und gemeinsam in die Zukunftsfähigkeit ihrer Region investieren.